

2 2129

info

24. NOV. 1995
FES. E161

Juni / Juli / August / September / Oktober

Aus der Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung

Herausgegeben von der Presse- und Informationsstelle

In dieser Ausgabe:

Deutschland

- 3 Nachdenken über Kurt Schumacher
- 5 Alleingänge sind notwendig und machbar
- 7 Kampf um die Vielfalt der Arten
- 11 Der Islam im Westen
- 15 Der Ettersberg bei Weimar
- 17 Begegnung und Erinnerung
- 19 „Die Qualität des Menschen verbessern!“
- 23 Multimedia im ISDN-Zeitalter
- 25 Bibliothekskatalog auf der Datenautobahn
- 27 Willy-Brandt-Archiv und Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

Schwermetalle: Herausgeber

- 29 Kashif vermißt die Schule
- 31 „Kultur“ der Gewalt
- 33 Menschenrechte in China
- 34 (K)ein Recht für alle Fälle
- 36 Auch Kleinbauern haben Rechte
- 39 Enge Grenzen der Freiheit
- 41 Israel – ein Fall für sich
- 43 Strukturen wachsen von unten

International

- 45 Waffenstillstand ist lange noch kein Frieden
- 47 Rußland und die OSZE
- 51 Angola vor dem Wiederaufbau
- 53 Chile: Unternehmen suchen den Anschluß
- 55 Neuorientierung im Pazifik
- 58 Gästebuch
- 59 Impressum
- 60 Namen & Nachrichten
- 61 Neuerscheinungen

Verwirklichung der Menschenrechte – nicht ohne Entwicklung und Demokratie



Menschenrechte als Maßstab der Politik?

Mit dem Ende des Kalten Krieges schienen die Menschenrechte einen unerwarteten politischen Siegeszug anzutreten. Angesichts der revolutionären Umbrüche in Osteuropa, der Absage lateinamerikanischer Staaten an autoritäre Regierungsformen und der Krise des Einparteiensystems in Afrika verbreitete sich die Hoffnung, Demokratisierung und Beachtung der Menschenrechte seien weltweit die Zukunft.

Doch bald stellte man ernüchtert fest, daß die anfänglichen Erwartungen kaum gerechtfertigt waren. Die Menschenrechte bildeten keineswegs einen allorts akzeptierten Bezugsrahmen. Noch immer werden Menschenrechte vor allem dort mißachtet, wo die Grundlagen legitimer Herrschaft schwach entwickelt sind. Aber trotz aller Widersprüche und Unzulänglichkeiten sind die Menschenrechte zu einer zentralen Kategorie des nationalen und internationalen politischen Dialogs geworden.

Demokratisierung als Basis

Das Engagement der Friedrich-Ebert-Stiftung für Menschenrechte leitet sich unmittelbar aus ihrer internationalen Arbeit zur Förderung von Demokratisierung, wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung und internationaler Verständigung her. Entwicklung und Demokratie stellen nichts anderes dar, als die Verwirklichung der bürgerlichen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Menschenrechte. Zugleich ist nichts wichtiger für die Achtung der Menschenrechte als eine funktionierende demokratische Kontrolle der Mächtigen und Funktionsträger – ausgeübt durch Parlamente, aber auch durch eine freie Presse und durch Nichtregierungsorganisationen, die das Verlangen der Menschen gegen-

über dem Staat artikulieren und einklagen.

Die Stiftung fördert die politische Voraussetzung für die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Ihre gesellschaftspolitischen Projekte unterstützen demokratische Reformen, Partizipation, Rechtsstaatlichkeit und freie Presse u.a. durch Beratung beim Aufbau von Verfassungs- und Rechtssy-

„Political freedom is an essential element of human development.“

UNDP Human Development Report 1992

stemen und durch die Zusammenarbeit mit Organisationen der Zivilgesellschaft. Die wirtschafts- und sozialpolitische Beratung der Stiftung richtet sich im Kern auf die Durchsetzung und Erweiterung der wirtschaftlichen und sozialen Rechte. Die Förderung von politischem Dialog schließlich umfaßt die Unterstützung von Bemühungen um Verständigung und Ausgleich bei politischen Konflikten. Die menschenrechtsbezogene Arbeit der Stiftung im Ausland hat viele Formen – von der Förderung der Gewerkschaftsrechte über die Rechtsberatung für Frauen, der Förderung von Medien, der Beratung von Regierungen und der Auseinandersetzung mit Themen wie der Kinderarbeit, bis zur Sicherung von Bodenrechten und der Bewältigung von Menschenrechtsverletzungen durch Regime, die durch demokratisch gewählte Regierungen abgelöst worden sind.

Die FES hat Menschenrechtsthemen zunehmend sowohl in ihre Projekte in Afrika, Asien und Lateinamerika, als auch in ihre

Arbeit in der Bundesrepublik integriert. Engagement für eine an Menschenrechtsnormen ausgerichtete internationale Politik wäre nicht glaubwürdig, wenn sie nicht auch die kontinuierliche Arbeit an Menschenrechtsfragen im eigenen Land mit einschließt. Die Stiftung hat sich in den vergangenen Jahren zunehmend an der Menschenrechtsdiskussion in der Bundesrepublik beteiligt. Arbeitsschwerpunkte sind derzeit wirtschaftliche und soziale Rechte, Frauenrechte und Fragen der Konfliktprävention. Die Stiftung hat zu diesen Themen eigene Seminare durchgeführt und arbeitet eng mit deutschen Menschenrechtsorganisationen in dem seit Januar 1994 bestehenden FORUMMENSCHENRECHTE zusammen, das zur Verbesserung der Koordination und der Kooperation deutscher NROs dient. Gemeinsam mit anderen Mitgliedsorganisationen des Forums hat die FES Veranstaltungen durchgeführt (z.B. zum Thema Asyl), eine Stellungnahme zum 2. Menschenrechtsbericht der Bundesregierung verfaßt und an Fachgesprächen mit Vertreter/innen des Bundestages und des Auswärtigen Amtes teilgenommen. Derzeit erarbeitet sie ein Handbuch zur Menschenrechtsarbeit in der Bundesrepublik, das die Zusammenarbeit von Nichtregierungsorganisationen, staatlichen Stellen und internationalen Organisationen im Menschenrechtsbereich durch die Vermittlung von deren Zielen und Arbeitsweisen verbessern soll.

Seit 1994 verleiht die Stiftung darüber hinaus den „Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung“, mit dem die „mühsame und beharrliche Grundlagenarbeit“ einer Organisation oder Person zur Vermeidung von Konflikten und Gewalt gegen Menschen ausgezeichnet wird.

Kashif vermißt die Schule

Kinderarbeit in Pakistan



Keine Chancen auf Bildung, aber große Risiken für die Gesundheit: arbeitende Kinder in Asien.

Kashif Sadiq sitzt auf einem kleinen Podest und schneidet tika boti (Stücke von Hammelfleisch) zurecht. Mit seinen dreizehn Jahren beherrscht er das Handwerk eines goshtwalla (eines Metzgers) schon perfekt: er kann Rinder, Ziegen oder Hühner ganz nach den Wünschen seiner Kunden auseinanderschneiden. Kashif arbeitet für seinen Vater in dessen Geschäft. ‚Mein Vater‘, sagt er, ‚hat auch schon früh angefangen zu arbeiten. Auch mein Großvater war goshtwalla und starb, als mein Vater erst zehn Jahre war. Um den Lebensunterhalt für die Familie zu verdienen, lernte er den Beruf von anderen Metzgern.‘

Kashif war nicht glücklich über den Wunsch seines Vaters, er solle im Geschäft mitarbeiten. ‚Vor zwei Jahren, als ich anfang, wurde mir vom Geruch von Blut und rohem Fleisch noch schlecht. Damals war ich dafür verantwortlich, Hackfleisch zu machen. Wir hatten noch keinen motorbe-

triebenen Fleischwolf, also mußte ich das Fleisch mit all meiner Kraft von Hand durchdrehen und hatte oft wund Handflächen und Finger. Ich habe mir auch oft in die Hände geschnitten, wenn ich die Hände geschnitten, wenn ich hath ka bana machen mußte. Dabei schneidet man Fleisch mit einem scharfen Messer in sehr kleine Stücke und muß schnell und genau arbeiten. Ich habe meinen Vater oft gebeten, mich etwas anderes lernen zu lassen, aber er war sehr streng.‘

Kashifs Vater will, daß er die Familientradition fortsetzt, die ihm ein bescheidenes Einkommen sichert. Deshalb geht Kashif auch nicht mehr zur Schule. Eigentlich wollte er gerne Arzt werden, aber dieser Wunsch ist für ihn ein unerreichbarer Traum geworden. ‚Ich vermisse die Schule‘, sagt er.

Kashif gehört noch zu den glücklicheren der geschätzten drei bis acht Millionen Kinder in Pakistan, die arbeiten müssen und deren elementare Menschen-

rechte verletzt werden. Er hat zumindest die Aussicht auf ein eigenes Geschäft und ein gesichertes Einkommen. Doch viele Kinder arbeiten als Hausangestellte oder in Fabriken und in der Landwirtschaft, verkaufen Blumen, Ballons oder andere Kleinigkeiten am Straßenrand oder müssen Teppiche weben, um zum Unterhalt der Familie beizutragen. Zum Teil werden die Kinder aber auch von ihren Eltern an die Arbeitgeber verkauft, oft mit acht oder neun, manchmal sogar schon mit vier oder fünf Jahren. Die Auswirkungen auf die Gesundheit der Kinder sind gravierend. Vor allem beim Teppichweben, wo sie den ganzen Tag in gebückter Haltung vor dem Webstuhl sitzen, Wollstaub einatmen, sich die Hände durch die chemischen Mittel verletzen, mit denen die Wolle behandelt ist, und ihre Augen überanstrengen, nehmen die Kinder oft großen Schaden für ihr ganzes Leben. Häufig werden sie geschlagen oder beschimpft, und zehn oder elf Stunden Arbeit am Tag sind keine Seltenheit.

Sozialen Druck ausüben

Die wichtigsten Gründe für die Kinderarbeit sind die Armut der Menschen und die Größe der Familien, deren viele Mitglieder ernährt werden müssen. Es gibt keinerlei soziale Absicherung, und viele Menschen haben zwar Arbeit, verdienen aber nicht genug, um davon leben zu können. In den Nachbarländern Indien, Bangladesh, Afghanistan, Nepal und Bangladesh ist die Situation ähnlich.

Es gilt zwar zwischen der Arbeit, die Kinder gemeinsam mit

ihren Eltern auf dem Feld oder in deren Geschäft leisten, und der Ausbeutung von Kindern beispielsweise in der Teppichindustrie und in Ziegelbrennereien zu unterscheiden. Für beide Fälle gilt jedoch, daß das Recht der Kinder auf Ausbildung und gesunde Entwicklung Vorrang haben und dafür die entsprechende Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit geschaffen werden muß. Allein durch die Verabschiedung zusätzlicher Gesetze ist dem Problem nicht beizukommen. Vielmehr müssen die bestehenden Gesetze umgesetzt und sozialer Druck sowohl auf die Unternehmer, die Kinder beschäftigen und ausbeuten, als auch auf die Eltern ausgeübt werden.

Aktivitäten koordinieren

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat bereits gemeinsam mit UNICEF

und dem pakistanischen Ministerium für Arbeit einen Workshop veranstaltet, bei dem unter anderem über Möglichkeiten der besseren Anwendung der Gesetze diskutiert und Empfehlungen zur Wahrung der Rechte von Kindern ausgesprochen wurden. Dazu zählen die Einführung der allgemeinen Schulpflicht und die Schaffung der entsprechenden Infrastruktur. Die FES ist ferner Mitglied in einem Ausschuß, den das pakistanische Handelsministerium eingerichtet hat, um über Mechanismen nachzudenken, die sicherstellen, daß Teppiche ohne Kinderarbeit produziert werden. In einer Arbeitsgruppe verschiedener Geldgeber zum Thema Kinderarbeit, bei der die Stiftung ebenfalls mitwirkt, wird versucht, die Aktivitäten der einzelnen Organisationen zu koordinieren und einen gemeinsamen Standpunkt

zu entwickeln. Die FES hat das pakistanische Fernsehen bei der Produktion eines Dokumentarfilms über Kinderarbeit in Pakistan beraten. Durch Vorträge über diese Problematik sowohl vor Arbeitgebern als auch Gewerkschaftern und Artikel in den führenden Tageszeitungen des Landes versucht sie, das Bewußtsein für die unterschiedlichen Aspekte der Thematik zu schärfen. Sie leistet Politikberatung für das pakistanische Arbeitsministerium und Argumentationshilfen für die Gewerkschaften und hat unter anderem mit der Internationalen Konföderation der Freien Gewerkschaften (International Confederation of Free Trade Unions, ICFTU) Seminare veranstaltet, bei denen das Thema Kinderarbeit im Gesamtzusammenhang des pakistanischen Arbeitsmarktes erörtert wurde.



Gefährdung der Menschenrechte von allen Seiten; hohes Maß an Gewaltbereitschaft durchzieht die kolumbianische Gesellschaft.

Städte, in der Politik, in Sport und Freizeit. In Erinnerung ist die Ermordung des Fußballers Escobar, dessen Eigentor im Spiel gegen die USA zum Ausscheiden Kolumbiens aus der Fußballweltmeisterschaft '94 geführt hatte.

Unter den Opfern der Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien finden sich häufig Gewerkschafter, die umgebracht, gefoltert oder vertrieben worden sind. In den acht Jahren des Bestehens der größten Gewerkschaftszentrale Kolumbiens, der CUT, sind über 1.500 Gewerkschafter umgekommen – das entspricht etwa 2% der Mitglieder dieses Verbandes.

Mit Unterstützung der FES sind in verschiedenen Orten des Landes Kurse über die Menschen- und Gewerkschaftsrechte durchgeführt worden, die nicht nur über Rechte informieren, sondern auch Formen der solidarischen Selbsthilfe erproben. Es werden Beispiele erfolgreicher Aktionen diskutiert und Anleitungen zur Lösung konkreter Probleme erarbeitet. Es geht dabei nicht nur darum, Rechte einzuklagen und ihre Verletzung zu denunzieren, sondern den Umgang mit Konflikten auch im eigenen täglichen Umgang selbstkritisch zu reflektieren.

Ziel dieses Programmes ist es, in möglichst vielen Städten gewerkschaftliche Menschenrechtsgruppen zu organisieren oder Menschenrechtsbeauftragte zu

Gewalt ist in Kolumbien ein Teil des Alltags: Für Morde, Entführungen, Vertreibungen, Folterungen und Bedrohungen aller Art sind Kriminelle, aber auch Angehörige staatlicher Einrichtungen verantwortlich. Nur ein Teil davon ist auf den seit 40 Jahren andauernden Konflikt zwischen Guerillaorganisationen und den Sicherheitskräften des Staates zurückzuführen. In diesem Jahr kamen in Kolumbien mehr Menschen gewaltsam ums Leben als auf den Kriegsschauplätzen des ehemaligen Jugoslawien. In der internationalen Gewaltstatistik nimmt Kolumbien einen traurigen Rekord ein: Nirgendwo anders sterben so viele Menschen einen gewaltsamen Tod.

Die Regierung des Präsidenten Samper hat sich zum Ziel gesetzt, die Gewalt zu bekämpfen und die Bürger zu einem friedvollen und solidarischen Umgang miteinander zu erziehen. Die Gewalt im Lande hat ihren Nährboden im Umgang der Menschen miteinander, in der Familie, am Arbeitsplatz, auf den Straßen der

bestellen, die Anlaufstelle für Beschwerden und Hilfesuche von Gewerkschaftern sind. Bis jetzt haben in sechs Städten 125 Gewerkschafter aus 35 Gewerkschaftsorganisationen teilgenommen und ihre Mitarbeit im Menschen- und Gewerkschaftsrechtsnetzwerk aufgenommen. Ein Handbuch bietet ihnen wichtige Informationen über Rechte und Institutionen, die weitere Hilfe anbieten. Die Gruppen und Mitglieder des Netzwerkes werden durch ein Informationsblatt regelmäßig über neue Aktionen informiert und mit Nachrichten zur Situation der Menschen- und Gewerkschaftsrechte versorgt.

Internationale Beiträge

Was können wir im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit zu einer Verbesserung der Situation der Menschenrechte in Kolumbien beitragen? Diese Frage haben sich im Frühjahr dieses Jahres in Bonn über 100 Vertreter von deutschen staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen gestellt und auf einem von der FES organisierten Forum diskutiert, an dem auch kolumbianische Menschenrechtsorganisationen teilnahmen. Dieselbe Frage stellten sich Vertreter verschiedener nationaler und internationaler Einrichtungen in Kolumbien während einer dort von der FES durchgeführten Veranstaltung. Konsens herrschte dabei u.a. darüber, daß in der internationalen Zusammenarbeit die Achtung der Menschenrechte ebenso wie die Umweltverträglichkeit selbstverständliches Kriterium für alle zwischenstaatlichen und internationalen Vereinbarungen sein sollte.

Veranstaltungen der Projektgruppe Entwicklungspolitik zum Thema Menschenrechte (1993-1995)

■ Menschenrechte als zentrale Kategorie des internationalen politischen Dialogs, 27. Oktober 1993

■ Das Recht auf Entwicklung als Menschenrecht: Praktische Konsequenzen der UN-Menschenrechtskonferenz für die Nord-Süd-Beziehungen, 27. Oktober 1993

■ Frauenrechte sind Menschenrechte, 23.-24. November 1993

■ Präventive Diplomatie bei ethnischen Konflikten: Die Rolle des KSZE-Hochkommissars für nationale Minderheiten, 27. Januar 1994

■ Frauen- und Menschenrechte in moslemischen Ländern am Beispiel Pakistans, 23. Februar 1994

■ Veranstaltung aus Anlaß der Verleihung des Menschenrechtspreises der Friedrich-Ebert-Stiftung an den Marie-Schlei-Veren, 21. April 1994

■ Die Änderung des Grundrechts auf Asyl: Der Einstieg in den Ausstieg aus dem internationalen Flüchtlingsschutz?, 25. Mai 1994 (gemeinsam mit amnesty international, dem Deutschen Roten Kreuz, der Gesellschaft für bedrohte Völker, der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte und Pro Asyl)

■ Präventive Diplomatie und Konfliktmanagement bei internen Konflikten: Die Rolle von nichtstaatlichen und humanitären Hilfsorganisationen, 16. Juni 1994

■ Die Rolle der wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechte im

Kontext des UN-Weltsozialgipfels, 19. November 1994

■ Nach der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo: Praktische Konsequenzen für die deutsche Politik, 12. Dezember 1994

■ „Kolumbien – Aufgaben einer Menschenrechtspolitik“, 22. März 1995

■ Verleihung des Menschenrechtspreises der Friedrich-Ebert-Stiftung an die polnische Professorin Eva Letowska, vor allem für ihre grundlegende Arbeit als „Beauftragte für Bürgerrechte“ am 19. Mai 1995

■ „Früherkennung und Vermittlung bei gewaltsamen Konflikten – Chancen für Prävention“, 1.-2. Juni 1995

Die Regierung von Kolumbien hat sich verpflichtet, umfangreiche Maßnahmen zur Sicherung der Menschenrechte zu ergreifen und die Mitverantwortung

staatlicher Einrichtungen bei den Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen. Viele nationale wie internationale Organisationen, darunter die Vereinten Nationen,

beobachten seither sorgfältig die Entwicklung in Kolumbien. Die FES erstellt zur Zeit eine Studie, die eine Beurteilung der Situation erlauben soll.

Fortschritt ist manchmal unauffällig

Der stundenlange Anstieg durch den Wald des guatemaltekischen Hochlands eröffnet grandiose Blicke auf die Nebelfelder der Täler, die vor wenigen Jahren noch Schauplatz eines Krieges waren, in dem über hunderttausend Menschen ihr Leben verloren haben. Ein schmaler Bergpfad führt zu der bescheidenen Holzhütte der Familie Izep, die dem Mayavolk der K'iche' angehört. Maria Izep ist erst vor wenigen Monaten an diesen Ort zurückgekehrt, an dem sie vor dreizehn Jahren ihre Eltern und zwei ihrer Geschwister verloren hat. Sie kann sich noch gut an die Zeit erinnern, bevor die Repression begann: „Wir hatten Kooperativen gegründet, in denen wir gemeinsam Stoffe und Kunstgegenstände herstellten. So konnten wir größere Aufträge annehmen und waren nicht mehr von den Zwischenhändlern abhängig.“

Die Kooperativenbewegung in Guatemala hat während der siebziger Jahre einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage vieler Mayafamilien geleistet. „Doch dann wurden wir beschuldigt, die Guerilla zu unterstützen“, erzählt Maria Izep. „Die Soldaten nannten uns ‚Subversive‘ und ‚Kommunisten‘, obwohl wir nicht einmal wußten, was das Wort ‚Kommunismus‘ bedeutet. Sie kamen in unsere Hütten, zerstörten die Webstühle und verbrannten die Akten der Kooperativen.“

Anfang der achtziger Jahre wurde die Infrastruktur der guatemaltekischen Kooperativenbewegung nahezu völlig zerstört. Luis Samayoa, der Vorsitzende der „Föderation für Kooperativen des Kunsthandwerks, ARTEXCO“, erinnert sich an die Zeit der Gewalt: „Es galt als sub-

versiv, eine Gruppe von mehr als vier oder fünf Personen zu versammeln. Vor dem Krieg gab es in Guatemala 32 Kooperativen des Kunsthandwerks, von denen 22 in ARTEXCO organisiert waren, doch in den Jahren 1981 und 1982 ist ihr nationaler Markt fast vollständig verlorengegangen, weil keine Touristen mehr kamen. Es war auch nicht mehr möglich, die Aufträge aus dem Ausland zu erfüllen, weil viele der Kooperativisten aus ihrer Heimat geflohen waren.“

Jahrelang stand ARTEXCO kurz vor dem Zusammenbruch. Erst 1986, als der Zivillist Vinicio Cerezo zum Präsidenten Guatemalas gewählt wurde, setzte ein langsamer Prozeß demokratischer Öffnung ein, der es wieder zuließ, daß sich Personen in Kooperativen zusammenschlossen.

Im Jahr 1988 begann die Zusammenarbeit zwischen ARTEXCO und der Friedrich-Ebert-Stiftung, deren Mitarbeiter Gildardo Martinez verantwortlich ist für die Unterstützung der Kooperativen in Fragen der Produktion, der Vermarktung und der politischen Weiterbildung. Mit den etwa 1.200 Kooperativisten führt Gildardo Martinez regelmäßig Seminare und Fortbildungskurse durch: „Die wirtschaftliche Basis von einigen Kooperativen ist so stabil, daß ihre Bedeutung für die Entwicklung ihrer Gemeinden ständig wächst. Gerade deshalb ist die Arbeit der sozialen Organisation und politischen Bildung besonders wichtig.“

Obwohl die Mayas mit über sechzig Prozent die Mehrheit der Bevölkerung Guatemalas bilden, haben sie fast keinen Einfluß auf die politischen Entscheidungen auf nationaler Ebene. Gildardo

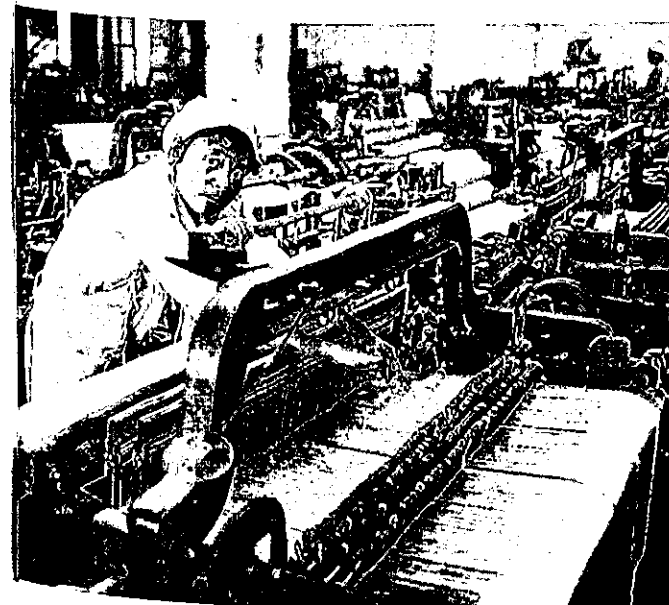


Martinez glaubt, die Kooperativen seien ein geeignetes Instrument, mit dessen Hilfe der gesellschaftliche Einfluß der Mayas gestärkt werden kann: „In den Kooperativen hören viele der Mitglieder zum ersten Mal, daß sie soziale Rechte wahrnehmen können, aber auch, daß sie eine gesellschaftliche Verantwortung haben.“

Die Friedrich-Ebert-Stiftung kann in der Arbeit mit ARTEXCO keine medienwirksamen Friedensabkommen oder Reformprogramme aufweisen. Die Fortschritte sind so unauffällig wie zum Beispiel ein Exportauftrag über 800 Hemden, der das Monatseinkommen mehrerer Familien sichert; oder die beginnende Zusammenarbeit einer Kooperative mit dem Gemeindevorstand ihres Dorfes; oder die Stimme einer Frau, die zum ersten Mal in ihrem Leben während einer Planungssitzung das Wort ergreift. Doch diese Erfolge haben eine konkrete Bedeutung für eine der am meisten benachteiligten Bevölkerungsgruppen des amerikanischen Kontinents, denn sie geben Grund zur Hoffnung auf eine bessere Zukunft für die Urbevölkerung Guatemalas.

Einkommen gesichert: die Projektarbeit der FES berät bei Produktion und Vermarktung indianischer Produkte in Guatemala.

Verbesserung des Arbeitsrechts und Schaffung sozialer Sicherungssysteme: Aspekte der Menschenrechtsarbeit der Stiftung in China.



Ungefähr 80 Millionen Menschen leben in China in bitterster Armut, das heißt, ihr Jahreseinkommen beträgt weniger als 50 US \$; dies reicht gerade aus, um sie vor dem Verhungern zu bewahren. In Krankenhäusern, Gefängnissen, Altenheimen und Arbeitslagern herrschen häufig Zustände, die nur als äußerst schrecklich bezeichnet werden können. Die Lage der 800 Millionen Bauern (zwei Drittel der Bevölkerung) ist schwierig. Allzu viele Kinder haben keinen Schulunterricht; die gewalttätige Kriminalität steigt, Frauen- und Kinderhandel sind in einigen chinesischen Provinzen ein häufiges Delikt.

Aber dennoch – und obwohl die obige Aufzählung keineswegs vollständig ist – verbessert sich die Menschenrechtssituation in China. Noch vor wenigen Jahren hungerten mehr als 200 Millionen Menschen, der „Große Sprung“ und die „Große Proletarische Kulturrevolution“ (von 1966 bis zum Tode von Mao 1976) kostete vielen Millionen Menschen das Leben. Der absoluten Herrschaft und Willkür der

jeweils Mächtigen stand die absolute Rechtlosigkeit des einfachen Volkes gegenüber. Dies hat sich sehr deutlich verändert, und mindestens in den Städten und zunehmend auch auf dem Land ist ein erstaunlicher Prozeß der „Verrechtlichung“ zu beobachten. Zentralregierung wie Provinzregierungen bemühen sich mit zunehmendem Erfolg, die Willkürherrschaft der Verwaltung auf den unteren Ebenen zurückzudrängen.

Verbunden ist diese „Verrechtlichung“ mit einer zunehmenden Liberalisierung der Medien, für die bei kritischer Berichterstattung derzeit nur noch zwei Tabus gelten: die Systemfrage und Kritik an der Staatsspitze, die auch den großen alten Mann Deng Xiaoping, aber auch Mao aus Gründen der Staatsräson miteinschließt. Erlaubt, und von der Staats- und Parteispitze hin und wieder sogar ermuntert, ist dagegen Kritik an der Administration, an korrupten Beamten, an Rechtsverstößen und an Fehlentwicklungen.

Im Spiegel der internationalen Medien erscheint die Volksrepublik China allerdings keineswegs als ein Land, in dem sich die Dinge bessern, ganz im Gegenteil. Dies mag verschiedene Ursachen haben. Eine ist sicherlich in der durch die Ereignisse auf dem Platz des Himmlischen Friedens 1989 enttäuschte Hoffnung, insbesondere in den USA und Westeuropa, China werde sich im Rahmen seiner Reform- und Öffnungspolitik schnell in ein demokratisches System westlichen Musters verwandeln.

Ausländische, insbesondere westliche Beobachter kaprizieren

sich bei ihrer Beurteilung der Menschenrechtssituation in China häufig auf die Maßstäbe der Westminsterdemokratien: das Recht, die eigene Regierung zu wählen bzw. abzuwählen, Rede-, Publikations- sowie Versammlungs- und Koalitionsfreiheit. Gemessen an diesen Werten, schneidet China allerdings schlecht ab: Die VR ist trotz zunehmender pluralistischer Tendenzen keine parlamentarische Demokratie westlichen Musters und will es nach den Worten ihrer Führung auch gar nicht werden. Unter den gegebenen sozialen Umständen muß es auch äußerst fraglich erscheinen, ob die chinesischen Massen – demokratisch befragt – die Verwirklichung der oben genannten Werte für besonders vordringlich hielten: satt werden, bessere Lebensumstände für sich und ihre Kinder, Rechtssicherheit und innerer und äußerer Frieden dürften für eine breite Mehrheit wohl viel wichtiger sein. Und eben auf diesen Gebieten hat die chinesische Führung durchaus Erfolge vorzuweisen und bezieht hieraus ihre Legitimation.

In der internationalen Berichterstattung spielt das Ein-Kind-System seit einigen Jahren eine prominente Rolle, wobei krude und brutale Beispiele dafür, wie diese Politik durchgesetzt wird – und die es sicher gibt – dazu dienen, die Ein-Kind-Politik insgesamt infrage zu stellen. Zur Erinnerung: In China lebt zwar ungefähr ein Viertel aller Menschen, zu ihrer Ernährung aber stehen nur 7% des Ackerbodens der Welt zur Verfügung.

Als Fazit ließe sich sagen: Die Menschenrechtssituation ist auch in China sehr unbefriedigend. Es

kommen zahlreiche Menschenrechtsverstöße vor, die aber im allgemeinen nicht staatlich legitimiert oder gar gefördert werden. Es gibt im Bereich der Menschenrechte eine deutliche Tendenz zur Verbesserung. Die Arbeit der FES in China auf diesem Feld ist darauf gerichtet, im Konkreten zu helfen, diese Tendenz zu verstärken. (Um nur ein Beispiel zu nennen: die FES war und ist an der Ausarbeitung einer neuen Strafprozeßordnung beteiligt.) Die Stiftung möchte Beiträge zu einer Versachlichung des internationalen Menschenrechtsdialogs leisten, nicht zuletzt aus der Hoffnung heraus, diejenigen, die sich hier engagieren, über ihre Kritik an den Zuständen hinaus anzuregen, zu ihrer konkreten Verbesserung etwas zu tun.

Insbesondere das Thema „Rechtsstaat“ spielt in der konkreten Arbeit der FES in der VR eine große Rolle. Neben den bereits genannten Bemühungen im Bereich des Strafprozeßrechtes hat die Stiftung größere (und erfolgreiche) Anstrengungen auf dem Gebiet des Arbeitsrechtes unternommen. Das zum 1. Januar 1995 in Kraft getretene erste Arbeitsgesetzbuch spiegelt in einigen wichtigen Teilen diese Bemühungen wider. Zum ersten Mal wurden, wenn auch noch nicht bis ins Detail ausgeformt, die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern per Gesetz geregelt, wobei die Gewerkschaften neue Mitwirkungsmöglichkeiten erhielten. Ein weiterer, in seinen Wirkungen sehr eng mit der Thematik „Menschenrechte und Menschenwürde“ verknüpfter Bereich, auf dem sich die FES stark engagiert, ist das Feld der sozialen Sicherungssysteme, die bislang erst in Ansätzen in China existieren, die aber mit fortschreitenden Reformen immer nötiger werden. Hier hat die Stiftungsarbeit wahrscheinlich die größten Erfolge zu verzeichnen, wobei hier wiederum der Bereich der Unfallverhütung und der Unfallversicherung besonders hervorzuheben ist.

(K)ein Recht für alle Fälle

Fatuma war über 15 Jahre mit ihrem Ehemann verheiratet, als sie von ihm aufgefordert wurde, Haus und Hof zusammen mit ihren drei Kindern zu verlassen. Anlaß war seine zweite Heirat mit einer jüngeren Frau. Fatuma hatte mit ihrem Lehrerinnengehalt maßgeblich zum bescheidenen Wohlstand der Familie beigetragen. Durch ihre gemeinsamen Anstrengungen hatten sie sich ein modernes Haus bauen und ein Stück Ackerland erwerben können. Nun hat sie in einer notdürftigen Unterkunft eine vorübergehende Bleibe gefunden. Sie erwartet ihr viertes Kind.

Dies ist ein Beispiel aus der Alltagspraxis des Rechtsberatungszentrums für Frauen, dem Women Legal Aid Center (WLAC) in Dar es Salaam. Um Frauen in solchen und anderen Notlagen helfen zu können, haben sich sechs engagierte Anwältinnen und ein Anwalt zusammengeschlossen. Wöchentlich suchen 30 bis 40 Frauen die Beratungsstelle auf. Fatuma konnte mit Unterstützung des Women Legal Aid Center einen ersten Teilerfolg erstreiten: ihr Ehemann muß Kompensationszahlungen an sie leisten.

Das fortbestehende Nebeneinander von unterschiedlichen und widersprüchlichen Rechtssystemen in Tansania – Gewohnheitsrecht, islamisches Recht und modernes Recht – sichert Männern die Macht und das Privileg, sie jeweils zu ihren Gunsten auszuwerten. Zugleich wird verhindert, daß Frauen auch nur jene wenigen, eingeschränkten Rechte wahrnehmen können, die ihnen die Verfassung und die moderne Gesetzgebung zugestehen.

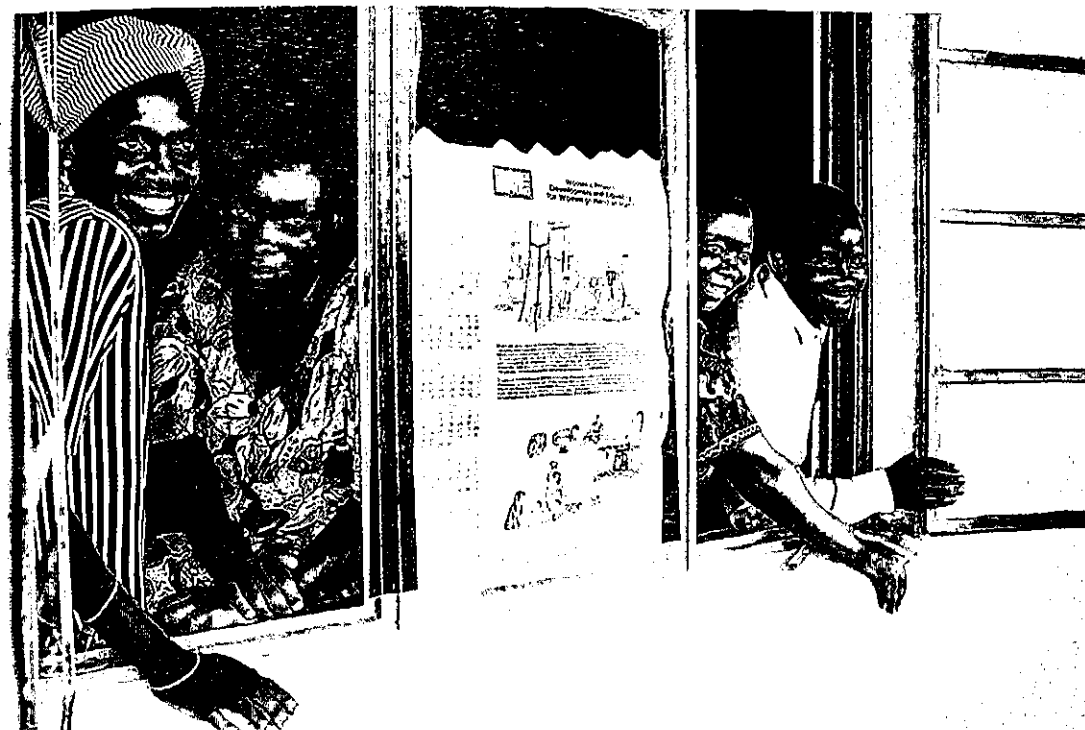
Das vorherrschend praktizierte Gewohnheitsrecht kennt weder Besitz- noch Erbrecht für Frauen und hinterläßt verstoßene, geschiedene Frauen oder Witwen in einem Leben am Rande des Existenzminimums.

Die Normalität der Gewalt

In weiten Teilen der tansanischen Bevölkerung gilt die körperliche Gewalt gegen Frauen noch als völlig ‚normal‘. Hartnäckig erhält sich selbst bei Frauen der Glaube, daß nur Männer, die Frauen schlagen, ‚richtige‘ Ehemänner sind. Zur Ausübung von Gewalt zählt auch das Vorrecht der Männer, über Anzahl und Zeitpunkt der Schwangerschaften zu entscheiden. Die meisten Frauen sind gezwungen, ein Kind nach dem anderen zu bekommen – selbst dann, wenn dies zu Lasten ihrer Gesundheit geht. Der Streit um Anzahl der Kinder und Zeitpunkt der Schwangerschaften zählt in Tansania zu den Hauptursachen von Scheidungen. Immer wieder werden Gewaltopfer von ihren Verwandten überredet, körperliche Gewalt zu akzeptieren. Völlig anders der Rat des Women Legal Aid Center: sie ermutigen die Opfer, auch gegen den Widerstand von Verwandten Anzeige zu erstatten und anderen Gewaltopfern solidarisch zur Seite stehen.

Ein Brautpreis gegen die Armut

Aufsehen erregte ein wohlhabender Mann aus Dodoma, der bereits mit zehn Frauen verheiratet war. Als elfte Ehefrau wählte er sich ein siebenjähriges Mädchen aus. Die notleidende Fami-



Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Women Legal Aid Center (WLAC) in Dar es Salaam.

lie des Mädchens nahm dankbar Rinder und Ziegen als Brautpreis entgegen. Aufgrund der Armut von Familien, aber auch aufgrund des unstillbaren Bereicherungswillens einzelner Familienmitglieder werden Mädchen in tiefstem Unglück gestürzt. Sie werden an meist sehr viel ältere Männer ‚verkauft‘. Für die ‚zahlenden‘ Männer ist es oft eine bequeme Art, fleißige und gehorsame landwirtschaftliche Arbeitskräfte zu erhalten.

Das WLAC setzt sich für die Festsetzung des Heiratsalters für beide Geschlechter auf 18 Jahre ein. Nicht nur um junge Mädchen vor zu frühen Ehen und Schwangerschaften zu schützen, sondern auch um ihnen die Möglichkeit einer Schulbildung zu sichern. „Damit Frauen in Freiheit leben können, müssen sie als Mädchen befreit werden, und das bedeutet vor allem, ihnen Zugang zu Bildung und Information zu ermöglichen.“ Helen Bimiba, selbst Witwe und Vorsitzende des WLAC, spricht aus eigener Erfahrung: Ohne Ausbildung wäre möglicherweise auch ihr Leben anders verlaufen.

Rechtliche Alphabetisierung

Um mehr Frauen erreichen zu können, werden in Zusammen-

arbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung engagierte Laien und Frauen, die beruflich mit anderen Frauen zu tun haben – wie Lehrerinnen, Sozialarbeiterinnen oder Krankenschwestern – zu Barfußanwältinnen ausgebildet. Sie sollen die erworbenen Gesetzeskenntnisse zu Frauen in ländlichen Regionen tragen und sie beraten.

Inzwischen existieren in sechs weiteren Städten Tansanias kleine Rechtsberatungszentren. Ein Rechtshilfemanual dient den Barfußanwältinnen als wichtigstes Instrument. In Seminaren, mit Broschüren und Plakaten werden ausgewählte Gruppen wie beispielsweise Witwen, Mädchen, alte Frauen, in Trennungssituationen lebende Mütter über ihre Rechte aufgeklärt. Politische Entscheidungsträger oder andere Gruppen wie Polizisten werden sensibilisiert, die Gewalt gegen Frauen zur Kenntnis zu nehmen. In Radiosendungen, Zeitungsinterviews und Kampagnen prangern die Anwältinnen jene ‚kulturellen Traditionen‘ an, die die Existenzgrundlagen und die Gesundheit von Frauen und Kindern zerstören. Daneben wird Hilfe zur Selbsthilfe geleistet. In Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung wurde mit

dem Aufbau eines Kleinkreditfonds begonnen, der Frauen in Notlagen mit Krediten zu einer wirtschaftlichen Existenz verhelfen soll.

„Wir sind nicht geboren, um zu dienen“

Das Ringen um moderne Frauenrechte ist noch lange nicht abgeschlossen. In über dreißig Jahren politischer Unabhängigkeit und formaler Gleichberechtigung wurden in Tansania nur wenige Fortschritte für Frauen erzielt. Im Vorfeld der ersten freien Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Oktober 1995 hat das WLAC in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung Seminare über die staatsbürgerlichen Rechte, das Mehrparteiensystem und zur Wahlauflärung für die Barfußanwältinnen durchgeführt. Noch immer ist die Vorstellung verbreitet, daß Politik ausschließlich ‚Männersache‘ sei und politische Macht nur von Männern ausgeübt werden darf. So ist es nicht verwunderlich, daß im Zeitraum 1985-1990 nur eine Frau in das Parlament gewählt wurde; bei den letzten Wahlen 1990 waren es dann immerhin schon zwei. In den Seminaren berichteten Frauen, daß Ehemänner ihnen den Gang zur Wahlurne nur erlaubten, wenn sie nach deren Vorschriften wählten. In eigens an sie adressierte Broschüren werden Frauen über Wahlgesetzgebung und -verfahren informiert und dazu ermutigt, von ihrem aktiven und passiven Wahlrecht Gebrauch zu machen. Politisch aktive Frauen werden noch immer als Rabenmütter, Prostituierte oder Hexen beschimpft und unter Druck gesetzt.

Die Koordinatorin des WLAC, Monica Mhoja, faßt zusammen, warum sich auch in dem ostafrikanischen Staat die Einsicht durchsetzen wird, daß die Menschenrechte auch Rechte von Frauen sind: „Wir sind nicht geboren, um zu dienen, und Männer sind nicht geboren, um Herren zu sein!“

Auch Kleinbauern haben Rechte

Simbabwe ist ein Spätankömmling in der Gemeinschaft unabhängiger afrikanischer Staaten. Bis zur Unabhängigkeit, die erst 1980 nach einem blutigen Befreiungskampf erreicht wurde, stand es unter der Herrschaft weißer Siedler, die sich 90 Jahre zuvor seiner bemächtigt und das Land weitgehend unter sich aufgeteilt hatten.

Seit der Unabhängigkeit hat sich manches geändert. Die schwarze Bevölkerungsmehrheit stellt die Regierung. Die politischen Verhältnisse erscheinen stabil. Aber noch immer besitzen ca. 4.500 überwiegend weiße Großfarmer 34% des fruchtbarsten Landes, verfügen aufgrund überkommener Besitztitel über nahezu alle Wasserrechte und erhalten rund 98% aller landwirtschaftlichen Kredite. Ihre Farmen sind häufig über 100.000 Hektar groß. Die durchschnittliche kultivierte Fläche der afrikanischen Kleinbauern, die mit ihren Familien rund 70 % der Bevölkerung stellen, beläuft sich dagegen auf knapp 3 ha. Das Erbe kolonialer Landverteilung will es zudem, daß ihnen nur weni-

Ein Weg aus der Krise

Mit Blick auf dieses Szenario hat sich die Friedrich-Ebert-Stiftung entschlossen, den 1991 gegründeten Dachverband der schwarzen Kleinbauern, Zimbabwe Farmers Union (ZFU), zu unterstützen. Mit gezielten Fördermaßnahmen soll der Dachverband zu einer kompetenten, politisch aktiven Interessenvertretung fortentwickelt werden, die konsequent für die wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Kleinbauern eintritt und in der Lage ist, auch den nötigen Druck

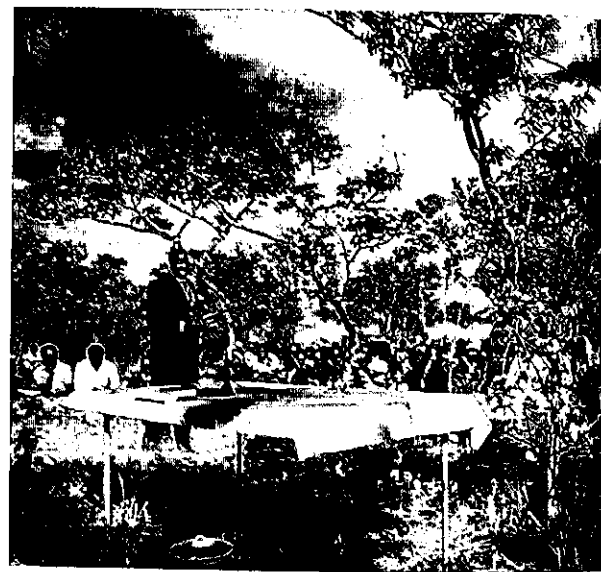
ge fruchtbare Böden in den semiariden Zonen des Landes zur Verfügung stehen.

Die Umverteilung von Land, von der Regierung Mugabe nach der Unabhängigkeit als eine der Prioritäten verkündet, fand bislang nur in geringem Maße statt. Ihre Erfolge wurden zudem durch den wirtschaftsliberalen Kurs des von der Weltbank verordneten wirtschaftlichen Strukturanpassungsprogramms wieder zunichte gemacht. Die Regierung mußte ihre Fördermaßnahmen für die Kleinbauern wieder einstellen. Die wirtschaftliche Machtposition der weißen Großfarmer und ihrer Standesorganisation, der Commercial Farmers Union (CFU), wurde dagegen erneut gestärkt. Da sich mit der Zeit auch eine Interessengleichheit herausgebildet hat zwischen weißen Großfarmern und schwarzen Politikern, die mittlerweile ebenfalls zu Großagrariern aufgestiegen sind, bestimmen nach wie vor die Strukturen und Denkmuster der Kolonialzeit die Politik und damit die Lebensbedingungen der Mehrheit der schwarzen Bevölkerung in Simbabwe.

auf die Regierung und die mächtige Standesorganisation der Großfarmer auszuüben.

Die Zusammenarbeit zielt vor allem auf den Aufbau und die Festigung einer dezentralen Verbandsstruktur mit innerer Demokratie, der Unterstützung der Mitglieder durch regelmäßige Informationen, Bildungsmaßnahmen und Kleinkreditprogrammen sowie der agrar- und sozialpolitischen Schulung der Verbandsfunktionäre.

Das medien- und öffentlichkeitswirksame Eintreten des



Gemeinsam sind sie stark: Kleinbauern in der Zimbabwe Farmers Union.

Dachverbandes für die Rechte der Kleinbauern und die Einführung einer sozialen Dimension in die Agrarpolitik Simbawwes haben die Mitgliedschaft im Verlauf von nur vier Jahren auf 170.000 anwachsen lassen.

Das Eintreten für die Rechte der Kleinbauern verläuft aber nicht immer so spektakulär wie bei gelegentlichen Auseinandersetzungen mit der Regierung oder wie bei der jährlichen Festlegung der Agrarpreise, die zwischen der Regierung, dem Landhandel und den beiden großen Bauernverbänden CFU und ZFU ausgehandelt werden. Häufig ist es schlechthin die Tagesarbeit des Verbandes, die das Ansehen bei den Mitgliedern stärkt.

Wasser - eine knappe Ressource

In den letzten Jahren hat sich in vielen Teilen Simbawwes die Wassersituation rapide verschlechtert. Viele Kleinbauern - und das bedeutet in den meisten Fällen die Frauen - müssen oft kilometerweit zum nächsten Brunnen gehen, um sauberes Wasser für den täglichen Bedarf zu holen. Die Wasserrechte liegen meist bei weißen Großfarmern, die ihre Felder das ganze Jahr über aus Dämmen bewässern, die das Wasser den Siedlungsgebieten

der afrikanischen Kleinbauern vorenthalten.

Auf Druck von ZFU hat die Regierung 1994 mit einer Gesetzesnovelle zur Neuverteilung der Wasserrechte begonnen. Bevor dies allerdings praktiziertes Recht wird, dürfte noch einige Zeit vergehen. Daher versucht ZFU, wann immer es möglich ist, durch gezielte politische Einflußnahme zugunsten seiner Mitglieder zu helfen. Wie erfolgreich dies sein kann, zeigt ein Beispiel aus dem Nordwesten Simbawwes.

Dort litt eine Gruppe von kleinen Bauern unter Wassermangel, weil ein Großfarmer stromaufwärts den Fluß aufgestaut hatte, der durch ihr Land floß. Der weiße Farmer hatte alte Wasserrechte, die ihm allein die Nutzung des aufgestauten Flusses zuwies. Die afrikanischen Bauern, zusammenschlossen in der „Karo Farmers Association“, bekamen erst Zugang zu dem Wasser, nachdem ZFU intensiv zwischen den Konfliktparteien vermittelt hatte. Dabei spielte es eine große Rolle, daß ZFU mit profunder Sachkenntnis die lokalen Politiker für diesen Fall mobilisieren konnte.

Erfolgreiche Rinderzüchter

Der südliche Landesteil Simbawwes ist ausgesprochen trocken und eignet sich nur für die Rinderzucht. Weiße Großfarmer besitzen riesige Latifundien mit Tausenden, für den Export bestimmten Rindern. Die afrikanischen Kleinbauern in den ehemaligen Reservaten konnten bis-

Dank Beratung und Unterstützung eine Quelle des Wohlstands: Rinderzucht afrikanischer Kleinbauern.



lang kaum an den Exportmöglichkeiten teilhaben, da ihre Tiere nicht den Exportanforderungen genügten.

Der afrikanische Farmer Benjamin Dube aus dem kleinen Flecken Hingwe an der botswanischen Grenze überwand diese Hindernisse mit Hilfe der ZFU. Zusammen mit mehreren Nachbarn gründete Dube 1992 einen ZFU-Club, nachdem staatliche Stellen ihm und seinen Nachbarn nicht bei der Vermarktung ihrer Rinder helfen konnten und eine schlimme Dürre den Bestand ihrer kleinen Viehherde bedrohte. ZFU gewährte der Gruppe aus einem von der Friedrich-Ebert-Stiftung bereitgestellten Kreditfonds einen Kleinkredit, von dem zusätzliches Futter gekauft wurde und die Rinder auf Exportniveau gemästet werden konnten. Die lokale ZFU-Organisation, beraten aus der Zentrale in Harare, organisierte die Vermarktung der Tiere und stellte sicher, daß die Bauern um Dube pünktlich ihr Geld vom Schlachthof in Bulawayo erhielten. Ihren Gewinn investierten Dube und seine Freunde auf den Rat der ZFU in neue Rinder, die sie wieder zum Export aufmästeten. Heute besitzen Dube und seine Freunde ein florierendes Unternehmen, das erfolgreich Rindfleisch für den Export produziert. Von ihrem Erfolg profitieren auch andere Dorfbewohner, die sich des gleichen Vermarktungskanal bedienen. Der Ort Hingwe hat sich so zu einem wohlhabenden Flecken entwickelt.

Landreform

In der seit der Unabhängigkeit anhaltenden Diskussion um die Bodenreform wird zunehmend deutlich, daß eine bloße Landumverteilung von Groß- auf Kleinbauern das strukturelle Problem des Zugangs zu Land nicht lösen würde. Schon mittelfristig reicht die landwirtschaftlich nutzbare Gesamtfläche Simbawwes nicht mehr aus. Der Boden verliert rasch an Fruchtbarkeit, wenn er, wie schon heute in vielen kleinbäuerlichen Gebieten, übernutzt und

die Erosion nicht eingedämmt wird. Das Recht auf den Zugang zu Land macht zukünftig also nur Sinn, wenn die davon profitierenden Kleinbauern dieses Land nicht nur effizient, sondern auch umweltverträglich nutzen.

ZFU hat dies erkannt und setzt mit Hilfe der Friedrich-Ebert-Stiftung auf eine Strategie, die statt einer Landumverteilung für die Vergabe von beleihbaren Besitztiteln auch für Kleinbauern plädiert. Bislang sind nur die weißen Großfarmer und einige wenige afrikanische Bauern Eigentümer des Bodens, den sie bearbeiten. Der größte Teil des Landes ist Staatseigentum und den darauf lebenden Bauern nur zum Lehen überlassen. Besitztitel an Land wiederum sind nicht nur Voraussetzung für den Zugang zu Krediten, sondern auch der erste Schritt für seine sorgfältige und ökologische Nutzung.

Auf den Druck von ZFU hin hat die Regierung Mugabe 1994 eine hochrangige Bodenrechtskommission eingesetzt. Die Vorschläge der Kommission sehen einen schrittweisen Übergang vom momentanen kommunalen Bodenrecht hin zu einem gemischten Pacht- und Besitzsystem vor. Wenn es gelingt, eine Bodenrechtsreform durchzuführen, die den direkten Druck auf die Bodennutzung verringert, kann Simbabwe seine Fähigkeit erhalten, genügend Nahrungsmittel für seine Bevölkerung zu produzieren. Setzen sich dagegen Zersiedelung und ökologische Zerstörung der Landschaft fort, drohen mittelfristig Hungerkatastrophen und soziale Unruhen.

Die durchgreifende Verbesserung der Lebensbedingungen der Kleinbauern ist angesichts der bestehenden Eigentums- und Machtverhältnisse sicherlich ein hochgestecktes Ziel. Die bisher erzielten Leistungen geben aber Anlaß zur Hoffnung. Unter Mitwirkung der FES hat sich die Partnerorganisation ZFU bereits jetzt zu einem Machtfaktor in Simbabwe entwickelt, an dem kein Politiker oder Großfarmer mehr vorbeikommt.



Afrikanisches Spektakel über die Tücken der Wahlgesetzgebung: Theater wirbt für die Teilnahme an den demokratischen Wahlen.

Wahlen in Afrika, das sind meistens Wahlen unter ganz besonderen Umständen: Ein erheblicher Anteil der Bevölkerung besteht aus Analphabeten, die offizielle Sprache wird von vielen Menschen weder gesprochen noch verstanden und moderne Massenmedien bleiben für viele unerreichbar. Dies ist auch in der Elfenbeinküste, wo im letzten Quartal 1995 allgemeine Wahlen (Präsidenten-, Parlaments- und Kommunalwahlen) anstehen, nicht anders.

Die FES Elfenbeinküste hat daher versucht, ihren Beitrag zu einem vernünftigen Wahlverlauf zu leisten und den Menschen die komplexen Bestimmungen des Wahlrechts sowie ihre Möglichkeiten und Rechte als Wähler zu erläutern. Dazu hat sie sich eines Mediums bedient, das in der Arbeit der Stiftung bisher eher nicht zum Standardrepertoire gehörte: Das Theater. Zusammen mit der ivoirischen Menschenrechts-Organisation LIDHO (Ligue Ivoirienne des Droits de l'Homme) wurde eine landesweite Kampagne zur Wahlaufklärung durchgeführt. Beraten von prominenten Juristen der Universität Abidjan wurde eine Analyse der wichtigsten Punkte der (im übrigen

hoch umstrittenen) Wahlgesetzgebung erstellt. Auf der Basis dieser Analyse erarbeiteten zwei Theatergruppen dann die Stücke. Heraus kamen keineswegs trockene Aufklärungs-Schinken, sondern lebendige Spektakel, die mit den Mitteln saftiger Situationskomik die Tücken der Wahlgesetzgebung ebenso darstellten wie das richtige Vorgehen bei Registrierung und Wahlakt.

Anfang April gingen die beiden Truppen dann auf landesweite Tournee. Als Bühne dienten offene LKW, die Stromversorgung besorgten eigene Generatoren. In zwei Monaten wurden weite Teile des Landes besucht. Sowohl in den Savannen-gegenden des Nordens wie im tiefen Regenwald des Westens wurden die Stücke – so oft wie möglich unter Benutzung lokaler Verkehrssprachen – aufgeführt. Für die 14 Schauspieler und die Roadcrews bedeutete dies oft erhebliche Strapazen. Miese Straßen, Regen und Hitze setzten Menschen und Materialien zu. Aber Aufwand und Mühe haben sich nach Einschätzung aller Beteiligten gelohnt. Pro Auftritt kamen bis zu 1.000 Zuschauer, so daß am Schluß rund 60.000 Menschen einen unterhaltsamen

Grundkurs über Rechte und Pflichten als Wähler erhalten hatten.

Auch in Ostafrika

Im ostafrikanischen Tansania arbeitet die FES mit ihrem gesellschaftspolitischen Beratungsprogramm schon seit Jahren daran mit, die Handlungsvoraussetzungen für neue politische Parteien in Tansania zu verbessern, ihnen Zugang zu Informationen und Medien zu verschaffen sowie Foren zu schaffen, in denen politische Kernfragen zwischen den Parteien und Fachleuten diskutiert werden können.

In der Vorbereitung der ersten freien Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Oktober 1995 hat die FES damit begonnen, die Bevölkerung über ihre demokratischen Rechte sowie die Entscheidungsgrundlagen für die Wahl zwischen unterschiedlichen Kandidaten und Programmen aufzuklären. So wurde z.B. über neun Monate hinweg ein wöchentliches Rundfunkprogramm zu diesen Fragen ausgestrahlt. Es wurden 30.000 kleine Broschüren in der Landessprache Kiswahili verteilt, in denen die wichtigsten Fragen, Vorbehalte und Vorurteile zum Thema Mehrparteiendemokratie und -wahlen beantwortet und insbesondere Frauen zur Ausübung ihres aktiven und passiven Wahlrechts motiviert wurden.

Darüber hinaus aber wurden die guten Erfahrungen aufgegriffen, die die FES in anderen Ländern in ähnlichen Situationen hat sammeln können: In Zusammenarbeit zwischen der Universität Dar Es Salaam und der FES wurde ein Theaterprogramm über die Wahlen entwickelt. Über drei Monate hinweg wurde dieses Programm, hauptsächlich in ländlichen Gebieten, mit sehr großem Erfolg aufgeführt und erreichte so eine große Menge von potentiellen Wählern, die anders oft nicht hatten erreicht werden können.

Über ihre Erfahrungen in Israel und den palästinensischen Gebieten berichtet die Leiterin des von der FES durchgeführten EU-Projektes zur Unterstützung der Wahlen in Palästina, Erika Schwarze:

Auf dem Rückweg von unserem ‚Demokratieseminar‘ im Flüchtlingslager Bureij im Gaza-Streifen überqueren wir den ‚Eretz Checkpoint‘, den Übergang zwischen dem palästinensischen Gaza-Streifen und Israel. Beim Herantreten an eine der halbmeterhohen Betonwände, hinter denen drei israelische Soldaten Passanten kontrollieren, sehen wir zu deren Füßen einen etwa zwölfjährigen Jungen hocken, Hände und Gesicht gegen die Betonwand. Der Junge weint und versucht, mit leichtem Hin- und Herbewegen die Hockstellung zu erleichtern. „Er hat ohne Erlaubnispapiere den Checkpoint überqueren wollen“, antwortet

ein Soldat auf unsere Frage. Nein, die Soldaten haben ihn von der anderen Seite her herbeigeordnet und dann wegen unerlaubten Aufenthaltes am Checkpoint festgehalten, geschlagen und... erwidert der Junge und wird sofort unterbrochen. Regelmäßig haben wir beim Passieren des Checkpoints ähnliche ‚Hockszenen‘ beobachtet.

Beim Weitergehen brüten wir über diesem und den Erlebnissen des Tages: in der Sitzung zum Thema ‚Rolle und Pflichten von Angestellten der palästinensischen Regierung‘ hatte eine Teilnehmerin die Einstellungsverfahren der Personalabteilung in der palästinensischen Verwaltung wegen ‚Vetternwirtschaft‘ scharf angegriffen. Daraufhin trat in der Pause einer der ‚Sicherheitspolizisten‘, Teil des neuen palästinensischen Polizeiapparates, die schon mehrmals in Gaza unsere Seminare besucht haben, an sie heran und forderte sie auf, doch besser „ihren Mund zu halten“.

Erlebnisse im Umfeld des Projektes ‚Civic Education in Preparation for Palestinian Elections‘, durchgeführt von der FES-Jerusalem, finanziert durch die Europäische Union. Das Ziel des Projektes: die Vertiefung des Verständnisses eines demokratischen Systems, insbesondere der Möglichkeiten zur Partizipation und der Kontrolle.

Die Frage, die wir uns immer wieder stellen, lautet: was kann ein solches Programm erreichen in einer Situation, in der die Grenzen der Freiheit so eng gesetzt sind, wo Menschenrechte, z.B. die der körperlichen Unversehrtheit, der Bewegungs- und Meinungsfreiheit, nicht erst an der Umzäunung des Gaza-Streifens mit seinen Checkpoints enden, sondern schon in einem ‚Demokratieseminar‘ begrenzt werden? Um diese Frage zu beantworten, führte die FES, in Kooperation mit palästinensischen Meinungsforschern, eine breitgefächerte Umfrage zu Informationsbedürfnissen, Informationsstand und -quellen durch. Das Ergebnis: eine detaillierte Liste von Themen, zu denen in der Bevölkerung ein Informationsbedarf besteht, und die Bestärkung, daß das Ziel eines solchen Programmes nur die Verbesserung des Zugangs zu Informationen, als Basis für Meinungs- und Entscheidungsfreiheit, sein kann. So kam ein Programm zustande, durch das an sieben verschiedenen Orten innerhalb des Westjordanlandes, Jerusalems und des Gaza-Streifens Seminare zu den Themenbereichen Demokratie, Selbstverwaltung und Wahlen stattfinden. Zielgruppe sind Multiplikatoren



Palästinensische Männer und Frauen diskutierten am 9. Oktober im Rahmen eines Demokratieseminars der FES über „Innerparteiliche Demokratie“.

aus Palästinensischen NGOs, Ministerien, Schulen, Wahlkommission, Parteien, Frauenorganisationen etc. Während der gerade abgeschlossenen Veranstaltungen zum Teilbereich ‚Demokratie‘ wurde beispielsweise ‚Die Rolle der nichtstaatlichen Organisationen im Aufbau der Demokratie‘ diskutiert, es wurden Vorschläge zu ‚Kontrollmechanismen in der Verfassung‘ erarbeitet sowie die ‚Rechtliche Grundlage für den derzeitigen Gesetzgebungsprozeß‘ erörtert. Daneben standen ‚Die Rolle der Frauenorganisationen‘, die Grenzen des Mehrheitsrechtes gegenüber

dem Schutz des Minderheitenrechtes‘ und die ‚Bedingungen für Pluralismus und Meinungsfreiheit in den palästinensischen Medien‘ auf der Tagesordnung. Die Diskussionen wurden hart und kontrovers geführt. Der Bedarf an Information und das Interesse an der pluralistischen Diskussion (Vertreter aller politischen und sozialen Richtungen waren sowohl als Redner als auch Teilnehmer präsent) ist groß und spiegelt sich wider in der Nachfrage nach Erweiterung dieser Aktivitäten.

Die von der FES mitgestaltete Umfrage ergab z.B., daß 72%

der Befragten mehr Informationen zur Frage ‚Was sind die Schranken der Macht von Entscheidungsträgern‘ wünschten. Fast 74% der Befragten gaben an, daß ihr Informationsstand zu dem ersten und grundlegendsten der palästinensisch-israelischen Verträge, die Grundsatzklärung von Oslo, unzureichend oder gar nicht vorhanden ist. Daher wird sich das FES-Programm im zweiten Teil auf die Vermittlung von ‚Fakten und Interpretation der Vertragstexte und des Wahlrechtes für den Durchschnittsbürger‘ konzentrieren.

Watch out – Women are coming

Weltweit bereiteten sich Frauen seit 1992 auf die 4. Weltfrauenkonferenz in Peking vor, auf der schließlich Delegierte aus 180 Ländern vom 4. bis 15. September den Entwurf einer Aktionsplattform diskutierten, die einen wesentlichen Beitrag zur Gleichberechtigung der Frauen bis zur Jahrtausendwende leisten soll. Parallel zur Konferenz fand das Forum der Nichtregierungsorganisationen (NROs), mit knapp 30.000 Vertreterinnen von Frauenorganisationen statt.



Frauen am Rande der Weltfrauenkonferenz: Eine der zahlreichen Diskussionsgruppen des Forums der Nichtregierungsorganisationen.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten mit und für Frauen in Projekten der internationalen Entwicklungszusammenarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung stand in diesem Jahr die Vorbereitung der Weltfrauenkonferenz. Zahlreiche Projekte unterstützten Frauenorganisationen bei regionalen Vorbereitungskonferenzen in Afrika, Asien und Lateinamerika. So arbeitete das FES-Büro in Ghana bei der Erstellung des nationalen Berichtes über die Situation der Frauen in dem afrikanischen Land mit. Eindrucksvoll stellt ein von der FES in Ghana produziertes Video die Bedeutung von Kleinkrediten für Frauen dar. Das FES-Büro in Rabat/Marokko und das

„Collectif 95 Maghreb Egalité“ erarbeiteten gemeinsam mit Frauen aus Marokko, Algerien und Tunesien einen Gesetzesvorschlag für ein Familiengesetz für den gesamten Maghreb. Auf dem NRO-Forum wurde dieser Gesetzesvorschlag mit weiblichen Abgeordneten aus dem Maghreb diskutiert.

Auf großes Interesse stieß in Peking das von der Friedrich-Ebert-Stiftung in New York produzierte Video „Get Ready, Get Set, Go“. Das Video gibt NROs Anregungen für die Kontaktaufnahme mit Ansprechpartnern in den Vereinten Nationen und

zeigt Möglichkeiten, wie Frauenorganisationen innerhalb der UN-Strukturen Lobbyarbeit betreiben und aktiv auf die Vorbereitungen von Weltkonferenzen Einfluß nehmen können.

Zahlreiche Kapitel der schließlich in Peking verabschiedeten Aktionsplattform wie Frauenarmut, Bildung, Frauen als Entscheidungsträger, Menschenrechte für Frauen sowie frauengerechte Medienpolitik betreffen direkt die Projektarbeit der FES. Die Anregungen und Ziele des Dokuments werden daher in das Frauenförderkonzept der FES eingearbeitet.



Nicht ohne Probleme: Das Zusammenleben von Juden und Arabern in Israel.

Kürzlich fand an der Hebräischen Universität in Jerusalem ein akademisches Seminar statt, in dem es um das Verhältnis zwischen Israel und den Vereinten Nationen ging. Vertreten waren auch Mitglieder der Knesset, dazu ein Minister, aber auch Palästinenser aus verschiedenen Kommissionen der PLO sowie Vertreter der Geberländer für das künftige „Palästina“. Bei den Vorträgen stellte sich rasch heraus, wie tief gespalten Israel sein Verhältnis zu den Vereinten Nationen immer noch empfindet und wie sehr es sich von der internationa-

len Staatengemeinschaft im Konflikt mit den Palästinensern im Stich gelassen fühlt. „Almost ritually“ hätte die UN-Menschenrechtskommission die Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten kritisiert; Israels Bedürfnis nach sicheren Grenzen und sein Wunsch nach einer friedlichen Zukunft sei immer einseitig gesehen und damit mißachtet worden.

Man muß sich diese Einstellung nicht zu eigen machen, aber man muß sie wohl zur Kenntnis nehmen, wenn man politische Bildungsarbeit in Israel leisten will, die das Ziel hat, zivilgesellschaftliche Prozesse zu unterstützen und möglichst viele Menschen, vor allem Minoritäten und benachteiligte Gruppen, zur Wahrnehmung ihrer Rechte zu befähigen und dadurch Beiträge zur Konfliktlösung zu leisten.

Zur Klarstellung: Die Ebert-Stiftung in Tel Aviv konzentriert ihre Arbeit seit nun nahezu zwanzig Jahren auf das Gebiet des eigentlichen Israel in den Grenzen von vor 1967. Konflikte zwischen Israelis und Palästinensern sind nicht Gegenstand unserer Arbeit, wohl aber das Verhältnis zwischen Juden und Arabern innerhalb Israels. Drei Schwerpunkte der Arbeit sollen dafür hier beispielhaft herausgestellt werden.

„Kenne deine Rechte!“

In Haifa arbeitet seit einigen Jahren eine Selbsthilfeorganisation namens „Social Development Committee“, die in den fünf rein arabischen städtischen Wohngebieten der Stadt Hilfe-

stellung anbietet: Hausaufgabenhilfe, das Ausleihen von Kinderbüchern, Platten, Kassetten und Videos sowie von Spielen in arabischer Sprache, regelmäßige zahnärztliche Untersuchungen, Erziehungs- sowie Rechtsberatung. Fragen des Miet- und Wohnrechts, der Rechte auf Bildung und Erziehung sowie Verbraucherrechte stehen dabei für Israels Araber im Mittelpunkt.

Im Zusammenhang mit dem Bedürfnis nach besserem Rechtsschutz lud die Friedrich-Ebert-Stiftung eine Expertin für Verbraucherrecht nach Haifa ein, um mit den „Aktivisten“ des Social Development Committee und einem jüdischen Rechtsanwalt die Grundlagen für eine Verbraucherbroschüre zu erarbeiten. Diese liegt inzwischen vor und dient als Grundlage für Vorträge und Seminare im arabischen Norden Israels: „Know your Rights“. Ein Anwalt hält regelmäßige Sprechstunden ab, deren anfängliche Finanzierung die FES sicherte.

Frauenrechte

Gezielte Programme zur Frauenförderung hat es in Israel in der Vergangenheit nicht gegeben. Die politische Bildungsarbeit richtete sich hingegen mehr auf jene politischen Gruppen, von denen man sich die meißbarsten Erfolge versprach. Die Friedrich-Ebert-Stiftung fördert in diesem Jahr:

Konferenzen in Tel Aviv und auf Zypern, die alle feministischen Aktivitäten im Vorfeld eines „Women's Studies Program“ in Israel zusammenfaßten und den Dialog zwischen arabischen Frauen aus Israel, Palästina, Jor-

danien, Libanon und Syrien ermöglichten. Führungskurse für Frauen – einerseits mit der gewerkschaftlichen Frauen-Dachorganisation, andererseits mit arabischen Frauen aus verschiedenen Frauenorganisationen; schließlich mit arabischen Lehrerinnen. Eine Schulung für Gemeinderätinnen mit dem Ziel, die politische Motivation der Frauen zu stützen und die gleichberechtigte Teilhabe an der Politik einzufordern.

Partizipation

Die Kreuzfahrerstadt Akko besteht aus einem mittelalterlichen Stadtkern, der traditionell von Arabern bewohnt ist. Er wurde in den letzten Jahrzehnten sehr ver-

nachlässigt, während die jüdischen Außenbezirke der Stadt sich rasch und gut in ihrer Infrastruktur entwickelten. So ist die arabische Altstadt in der Gefahr, endgültig zu einem schmutzigen Drogenumschlagplatz mit herumlungenden arbeitslosen Jugendlichen zu verkommen.

Im Zusammenhang mit dem Plan, einen Yachthafen und Hotels zu bauen, entwickelten sich bei der jüdischen Mehrheit der Stadt Vorstellungen, die Altstadt zu einem touristischen Schmuckstück – Vorbild: Alt-Jaffa – zu machen. Zu diesem Zweck sollten die arabischen Bewohner umgesiedelt und teure Eigentumswohnungen, Läden, Kultur-

zentren gebaut werden. Was in Jaffa noch gelang, ist durch das erwachte Verantwortungsgefühl jüdischer und arabischer Bewohner Akkos heute dort nicht mehr möglich.

Mit Hilfe von deutschen Experten der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem von ihnen entwickelten Instrumentarium – der sogenannten „Planungszelle“ – ist es zum Teil bereits erstmals gelungen, jüdische und arabische Bewohnerinnen und Bewohner Akkos in einen Planungsprozeß einzubeziehen, der die arabische Altstadt zum Nutzen aller Bürger sanieren und umgestalten soll.

Eine Gesellenprüfung in Demokratie

Europaweit einmalig ist die im ungarischen Recht vorgesehene Wahl kommunaler Minderheitenselbstverwaltungen. Erstmals im Dezember 1994 konnten sich Vertreter/innen der Minderheiten in ihren Kommunen zur Wahl stellen. Die Minderheitenselbstverwaltungen, die aus mindestens drei Abgeordneten bestehen, besitzen bei allen, ihre Minderheit betreffenden Fragen Mitbestimmungs- bzw. Anhörungsrecht.

Insgesamt stellten sich zwölf ethnische Minderheiten (Roma, Deutsche, Kroaten, Slowaken, Serben, Rumänen, Armenier, Slowenen, Polen, Russen, Bulgaren und Griechen) in 1.500 Kommunen zur Wahl. Die Roma, die etwa 7 bis 10% der ungarischen Bevölkerung ausmachen, sind in über 400 Kommunen vertreten und bilden so die meisten Selbstverwaltungen. Die zweitgrößte Minderheit sind die ca. 200.000 Ungarndeutschen. Die Geschichte sowie die kulturelle, ökonomische und soziale Situation der beiden größten Minderheiten in Ungarn ist kaum zu vergleichen. In der Gesamtbevölkerung genießen die Ungarndeutschen ein hohes Ansehen, während die Roma am untersten Ende der Beliebtheitskala stehen. So haben

die Roma mit massiven Vorurteilen seitens der Mehrheitsbevölkerung zu kämpfen, die ein konstruktives und kooperatives Arbeiten der Roma-Selbstverwaltungen vielerorts fast unmöglich machen.

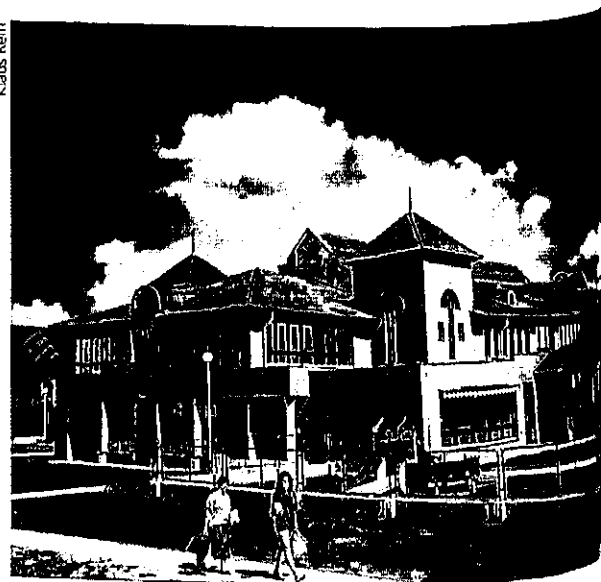
Ein Grundproblem der Minderheitenselbstverwaltung ergibt sich aus dem Desinteresse der kommunalen Volksvertreter/innen, sie in die politische Arbeit miteinzubeziehen. Das Gesetz schreibt z.B. vor, daß die Kommunen den Minderheitenvertreter/innen Büros in vergleichbarer Qualität mit vergleichbarer (kommunikationstechnischer) Ausstattung zur Verfügung stellen müssen. Es schreibt weiterhin vor, daß ihnen Einblick in den Haushalt der Kommune gewährt werden muß und daß sie bei Haushaltsabstimmungen, die auch die kollektiven Rechte der Minderheiten betreffen, Mitbestimmungsrecht haben. Vielerorts werden diese Rechte jedoch verwehrt.

Nachdem im Herbst 1994 auch auf der kommunalen Ebene demokratische Wahlen stattgefunden hatten, bestand für die erstmals gewählten Mitglieder der kommunalen Selbstverwaltungen ein hoher Ausbildungsbedarf. Die FES hat daher Ausbil-

dungsseminare für die kommunalen Mandatsträger durchgeführt. Zusätzlicher Ausbildungsbedarf entstand bei den Minderheitenbeiräten, da auch das neue politische Instrument bisher spielloos war.

Die Stiftung konzentriert sich in ihrer Unterstützung auf die beiden größten Minderheiten: die der Ungarndeutschen und die der Roma. Partner im Ausbildungsprogramm für die Ungarndeutschen ist das neue Ungarndeutsche Bildungszentrum in Frankensztadt/Baja. Deren Selbstverwaltungen brauchen vor allem gut ausgebildete Juristen, die sich

Das Ungarndeutsche Bildungszentrum im südungarischen Baja: ein Beispiel für erfolgreiche Minderheitenpolitik.



z.B. im ungarischen Vereins- und Finanzrecht auskennen und in der Lage sind, die finanziellen Mittel für ihre dringendsten Aufgaben zu mobilisieren.

Anders sieht die Situation bei den Romaselbstverwaltungen aus. Mit Unterstützung der Stiftung lernten Vertreter/innen der Roma die Grundlagen kommunalpolitischer Arbeit kennen. Ein Stab von Moderator/innen betreute die Roma in Wochenendseminaren, unterstützt von Praktikern aus Ministerien, Kammern und öffentlichen Institutionen. Die Roma lernten formal korrekte Eingaben zu machen, Kostenkalkulationen anzufertigen, Haushaltspläne zu lesen und zu beurteilen, Versammlungen zu organisieren und zu leiten und vieles mehr.

Nachdem zu Beginn der Seminarreihe vor allem die Wissensvermittlung im Vordergrund stand, wurden die Roma im Verlauf der Arbeit immer mehr zu Partnern der Referent/innen und Moderator/innen. Gemeinsam wurden Möglichkeiten zur Lösung aktueller Konflikte und Probleme erarbeitet, Konzepte zur Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Roma entwickelt.

Die FES machte es möglich, daß zur Beratung der Roma in Szekszárd ein regelmäßiges Forum eingerichtet wurde, auf dem die Roma-Vertreter/innen sich gegenseitig über ihre Arbeit informieren und ihre Erfahrungen austauschen können. So entstanden einige vielversprechende Initiativen, die die Roma in Eigeninitiative gestalten und weiterführen. Ein Teilnehmer brachte die Wirkung der Beratungsangebote auf den Punkt: „Auf den Seminaren bin ich erstmals in meinem Leben von den ‚Weißen‘ nicht als bittstellender Störfaktor wahrgenommen worden, sondern als Mensch.“

Ob Ungarn seine Gesellenprüfung im Fach Demokratie besteht, wird nicht zuletzt von seinem politischen Umgang mit den ethnischen Minderheiten abhängen.

Strukturen wachsen von unten

Die baltischen Republiken im Neuaufbau

Die drei baltischen Staaten (Estland, Lettland, Litauen) befinden sich seit 1990 im Übergang zur parlamentarischen Demokratie und zur sozialen Marktwirtschaft. Die ehemaligen Strukturen in Politik, Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft bestehen weitestgehend nicht mehr; neue leistungsfähige befinden sich erst im Aufbau. Die Menschen sehen sich mit erheblichen sozialen und wirt-

ist bisher unbefriedigend verlaufen und Kontroll- sowie Sanktionsmöglichkeiten fehlen weitestgehend.

Für die Festigung der parlamentarischen Demokratie und den weiteren Aufbau sozialer und ökologischer Marktwirtschaften in allen drei Republiken fehlen vielfach als Grundelemente lokale Selbstverwaltungen, vernetzte



Besonders Alte und Schwache leiden unter den wirtschaftlichen und sozialen Problemen in den baltischen Staaten

sozialen Basiseinrichtungen wie Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen und Gewerkschaftsorganisationen. Weiterhin müssen leistungsfähige Verwaltungen sowie Ver- und Entsorgungssystemen, entwickelt und die drängendsten sozialen Probleme in Angriff genommen werden.

In den Hauptstädten widmen sich bereits viele Aktivitäten der ausländischen Hilfe (Konferenzen, Seminare, Beratungstätigkeiten, Informationsbesuche usw.) den drängenden Fragen. Auf dem Lande geschieht dagegen so gut wie gar nichts, in Kleinstädten aber die praktische Umsetzung

soziale Basiseinrichtungen wie Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen und Gewerkschaftsorganisationen. Weiterhin müssen leistungsfähige Verwaltungen sowie Ver- und Entsorgungssystemen, entwickelt und die drängendsten sozialen Probleme in Angriff genommen werden.

In den Hauptstädten widmen sich bereits viele Aktivitäten der ausländischen Hilfe (Konferenzen, Seminare, Beratungstätigkeiten, Informationsbesuche usw.) den drängenden Fragen. Auf dem Lande geschieht dagegen so gut wie gar nichts, in Kleinstädten aber die praktische Umsetzung

ge Basis-Strukturen entstehen sollen, muß aber gerade dort mehr getan werden. Daher war und ist es eine besondere Zielsetzung der Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung vor allem im sozial- und kommunalpolitischen Bereich flächendeckend, d.h. auch in Kleinstädten und Landkreisen Ausbildungs- und Beratungsangebote zu unterbreiten.

Hilfe zur Selbsthilfe

Der Schwerpunkt lag im Bereich der Hilfe zum Aufbau demokratischer Strukturen. Im Vordergrund standen dabei kommunalpolitische Seminare und Beratungen, zunächst zur Vorbereitung von Kandidat/innen für kommunale Wahlen und nach den Wahlen zur Aus- und Weiterbildung gewählter Räte.

An zweiter Stelle lag die Hilfe beim Aufbau von „Selbst-Hilfe-Gruppen“, um bei der Bewältigung der drängendsten sozialen Probleme (Arbeitslosigkeit, Alkoholismus, Kinderbetreuung, Behinderten- und Altenversorgung) zumindest zunächst Notmaßnahmen realisieren zu können, da fast alle alten sozialen Versorgungs- und Betreuungseinrichtungen nicht mehr funktionsfähig sind und neue, leistungsfähige in den nächsten Jahren kaum entstehen werden. Vor diesem Hintergrund wurde mit Gewerkschaften, Wohlfahrtsverwaltungen, Frauenorganisationen und Therapiegruppen für Suchtkranke die Bildung und Arbeit von Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen geprobt. Seit 1993

wurden von der Stiftung in den baltischen Staaten in Informationsveranstaltungen mit deutschen Expert/innen aus Sozialämtern, der kirchlichen Sozialarbeit, aus Suchtberatungsstellen, vom Caritas-Verband, dem Diakonischen Werk und der Arbeiterwohlfahrt grundsätzliche Fragen der sozialen Sicherung in Industriegesellschaften und spezielle Probleme der Behinderten- und Altenbetreuung, der Suchtbehandlung einschließlich Familientherapie, der Frauenförderung und Kinderbetreuung behandelt. Zudem wurde eine Aktionswoche gegen Alkohol, Drogen und AIDS mit Konzerten, Workshops, Seminaren, Ausstellungen organisatorisch und finanziell unterstützt.

Menschenrechte und Journalismus

Freie und ungehinderte Kommunikation zwischen Menschen und Staaten, wie sie die Vereinten Nationen bereits in ihrer Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte 1948 postuliert haben, ist eine unabdingbare Voraussetzung für ein humanes und friedliches Zusammenleben von Menschen und Völkern, für Bildung und Ausbildung sowie für die Teilhabe am gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben. Diese Einsicht ist seit rund 30 Jahren Grundlage des Arbeitsbereichs Medien und Kommunikation der Friedrich-Ebert-Stiftung im Rahmen ihrer internationalen Entwicklungszusammenarbeit.

Für die Länder der südlichen Erdhalbkugel ist das Ziel ungehinderter Kommunikation aufgrund von internen wie externen Einschränkungen und Abhängigkeiten ein weitgehend noch einzulösendes politisches Fernziel. Die meisten Staaten des Südens haben zwar ihre politische Unabhängigkeit erreicht, konnten jedoch auf dem Gebiet der Massenkommunikation und der Medien-

systeme oftmals nur unzureichend eigene, leistungsfähige Strukturen ausbilden und werden daneben oft zusätzlich von internationalen Medienkonzernen und Informationsagenturen des Nordens beherrscht.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist heute die einzige deutsche Institution, die ein weltweites Netz von regionalen Medienförderungsprojekten unterhält, über die sie menschenrechts- und demokratiefördernde Beiträge leistet. Schwerpunkt der Beratungs- und Fortbildungsmaßnahmen dieser Projekte ist die Herstellung und der Erhalt unabhängiger journalistischer Arbeit mit dem Ziel, den Staatsbürger mit den für ihn in einer Demokratie wichtigen nationalen und internationalen Informationen zu versorgen.

Beratung und Fortbildung

Die FES berät hierzu Politiker und Medienverantwortliche in medienrechts- und medienpolitischen Fragen. Sie unterstützt Aus- und Fortbildungsstätten im Aufbau von dauerhaften Strukturen,

die qualifizierte journalistische Arbeit ermöglichen, und fördert internationale Kooperationen und Zusammenschlüsse, über die freie und ausgeglichene Informationsflüsse erreicht werden sollen.

Die Stiftung hat durch diese Bemühungen in Afrika, Asien, dem Pazifik, in Mittel- und Südamerika sowie in Osteuropa sichtbar Anstöße dazu geben können, daß pluralistische Strukturen, offener Informationsaustausch, höhere Professionalität der Medien-Verantwortlichen und qualifiziertere journalistische Arbeit entstanden sind und weiter entstehen.

Mit der Verwirklichung des allgemeinen Menschenrechts auf freie und ungehinderte Kommunikation wird zugleich die Grundlage für die Einhaltung aller weiteren Menschenrechte geschaffen: Unabhängige und kritische Medienspüren Unrecht auf, mahnen Rechtsstaatlichkeit öffentlich an und stellen als „vierte Gewalt“ ein zusätzliches gesellschaftliches Korrektiv dar.

Waffenstillstand ist lange noch kein Frieden

Zur Auftaktveranstaltung des „Internationalen Forums“ des Warschauer Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Euroatlantischen Vereins trafen sich am 31. September Tadeusz Mazowiecki, ehemaliger Premierminister Polens, und Hans Koschnick, Administrator der Europäischen Gemeinschaft in Mostar, um über den „Krieg in Bosnien/Herzegowina: Lehren für Europa“ zu diskutieren.



Hans Koschnick und Tadeusz Mazowiecki als erste Gäste des „Internationalen Forums“ in Warschau.

Ein nach dem NATO-Eingriff und der Wirkung der Sanktionen in Serbien wahrscheinliches Ende der Kampfhandlungen bedeute, so Hans Koschnick, keineswegs

wirklichen Frieden. Denn Frieden setze eine gegenseitige Anerkennung des Andersseins der Menschen, die miteinander leben, voraus. „Dies wird eine Generation lang nicht möglich sein“, meinte der ehemalige Bremer Bürgermeister. „Meine Berichte waren hervorragend dazu geeignet, in Sonntagsreden verarbeitet zu werden, ihre Schlußfolgerungen dienten aber nicht praktischer Umsetzung in Politik“, resümierte Tadeusz Mazowiecki, vor kurzem zurückgetretener Sonderberichterstatter der Menschenrechtskommission der UN im früheren Jugoslawien. Sie immer wieder von den Kriegsparteien vor vollendete Tatsachen stellen zu lassen, sei der größte Fehler der internationalen Gemeinschaft gewesen. Die Schluß-

folgerung beider Gesprächspartner: „Die Welt ist nicht allein mit Resolutionen zu verändern“. „Im ehemaligen Jugoslawien hat die UNO versagt, da die Europäer versagt haben.“ Europa, das ganze Europa, nicht nur die EU, müsse über seine politische Zukunft selbst entscheiden. Ein russisches Veto könne weder im Balkan noch in anderen Regionen oder in anderen Fragen akzeptiert werden. Diese Aussage Hans Koschnicks fand beim Warschauer Publikum besonderen Beifall.

Zentrales Problem der Entwicklungen in Ex-Jugoslawien sei die Wiedergeburt der unsäglichen Vorstellung von Herrenmenschen und Untermenschen, betonte Tadeusz Mazowiecki. Die Verletzung von Menschenrechten könne nach seinen Worten nicht mehr als „innere Angelegenheiten“ eines jeweiligen Landes betrachtet werden. Die diplomatische Übereinkunft des Verbots der „Einmischung in innere Angelegenheiten“ müsse daher neu definiert werden.

Wiederaufbau angedacht

Eine Demonstration der Ernsthaftigkeit des Bemühens politischer Kräfte in Europa, zum Frieden und zum Wiederaufbau in Bosnien-Herzegowina beizutragen, stellte nach Ansicht von Beobachtern die Konferenz über die Entwicklung im früheren Jugoslawien dar, die das österreichische Karl-Renner-Institut gemeinsam mit der griechischen PASOK-Stiftung, der italienischen Stiftung CESPI und der Friedrich-Ebert-Stiftung Mitte Oktober in Wien veranstaltet

hat. Trotz der Regierungskrise nahm sich Österreichs Bundeskanzler Franz Vranitzky Zeit, die Konferenz mit einem Vortrag einzuleiten und den Beiträgen des UN-Vermittlers Thorwald Stoltenberg zuzuhören.

Außer ihm nahmen der Außenminister Ungarns, Laszlo Kovacs, der Außenminister von Bulgarien, Georgi Pirinski, der stellvertretende griechische Ministerpräsident und Innenminister, Akis Tsochatzopoulos, der schwedi-

sche Minister für Internationale Entwicklungszusammenarbeit, Pierre Schori, Oskar Lafontaine, stellvertretender Vorsitzender der SPD, und Robin Cook, Außenpolitischer Sprecher der britischen Labour Party, teil.

Im Mittelpunkt standen Fragen des konkreten Wiederaufbaus staatlicher, ziviler, wirtschaftlicher und nicht zuletzt sozialer Strukturen in Bosnien-Herzegowina nach einem dauerhaften Waffenstillstand.